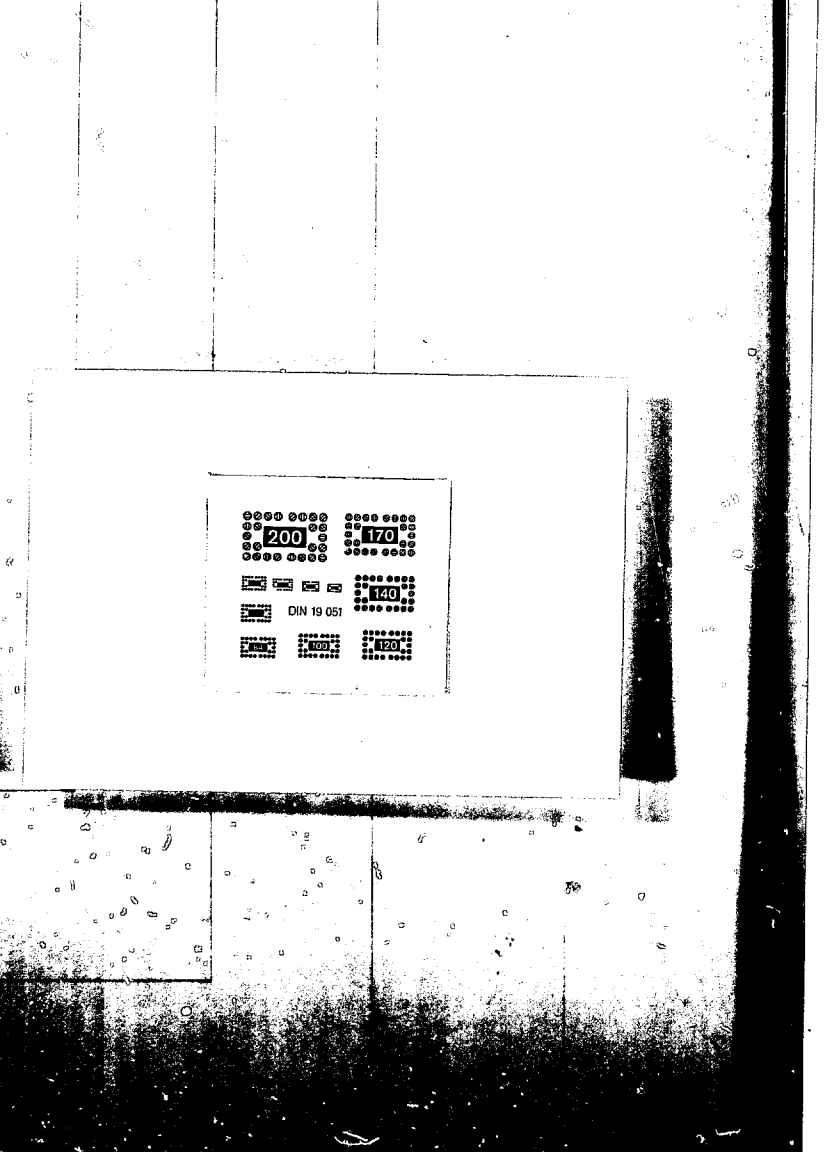

GESPRÄCHSKREIS WIRTSCHAFT UND POLITIK
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

LEITLINIEN DES NEUEN SPD-WIRTSCHAFTSPROGRAMMS

Referat von MdB Wolfgang ROTH
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

gehalten am 28. Februar 1985

Vorsitzender: Dr. Manfred Schüler – Sekretariat: Dr. Samuel Karres
Allee 149 – 5300 Bonn 2 – Telefon (0228) 883326/27 – Telex 885479 fest d

Archiv der sozialdemokratischen Bibliothek

C88-969

Leitlinien des neuen SPD-Wirtschaftsprogramms

Zur Zeit brechen immer wieder heftige Konflikte aus, die viele schon für überholt hielten. Der lange Streik des Jahres 1984 steht ebenso für diese Gefahr wie die zeitweisen, brutalen Auseinandersetzungen über Großprojekte von der Startbahn West bis hin zur beginnenden Auseinandersetzung über die Wiederaufbereitungsanlage in der Oberpfalz.

Die Frage an eine sozialdemokratische Politik lautet: Gibt es Chancen zu einem neuen, gleichzeitig breiteren sozialen Konsens?
Was sind die Bedingungen für eine höhere gesellschaftliche Übereinstimmung zwischen den alten sozialen Gruppen und neueren Bewegungen, und wie kann eine Einbeziehung eben dieser neuen politischen Bewegungen in die konstruktive Lösung unserer Probleme gelingen?

Ein Wort vorweg: Mit opportunistischen Verbeugungen nach allen Seiten wird diese politische Aufgabe nicht gelingen. Man muß sich schon entscheiden. Wer beispielsweise die Mitbestimmung für ein Grundübel der Geschichte der Bundesrepublik hält und sie deshalb beseitigen will, ist nicht konsensfähig.

Er ist ein Gegner einer fruchtbaren Weiterentwicklung eines tragenden Pfeilers unserer gesellschaftlichen Entwicklungen.

Wer die Flucht aus der Industriegesellschaft für den Weg in die Zukunft hält, kann ebensowenig Partner für die Lösung der dramatischen Probleme der Gegenwart sein. Auch er ist ein politischer Gegner.

Entscheidend für eine Politik des Konsenses ist, daß wir die Probleme nicht verkleinern oder verkleistern, sondern daß wir über die Dramatik der Lage Einigkeit herstellen.

Die wichtigsten strukturellen, sozialen und ökologischen Krisen haben wir nicht überwunden. Konjunkturelle Erholung oder einzelne positive Schritte in der Umweltpolitik können zwar helfen, aber sie führen uns nicht auf den Weg aus der Krise.

Man pflegt ein Vorurteil, wenn man der SPD unterstellt, sie vertrete die Auffassung, daß das wichtigste politische Instrument zur Bewältigung der Krise am Arbeitsmarkt ein Konjunkturprogramm sei. Ich werde die Feststellung, daß konjunkturell angelegte Beschäftigungsprogramme nicht die Lösung bedeuten, so oft wiederholen, bis es irgendwann auch ein Kommentator der FAZ wahrnimmt.

Das heißt dann aber noch lange nicht, daß das Gegenteil einer konjunkturellen Expansionspolitik, nämlich eine restriktive Politik, die sich mit dem schönen Namen Konsolidierung schmückt, tauglich wäre. Natürlich verschärft sie die Arbeitsmarktprobleme, wie die Lage der Bauindustrie zeigt.

Wer die Nachfragewirkungen öffentlicher Haushalte außer Acht läßt, braucht sich über eine Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme nicht zu wundern.

Zurück zur Dramatik der Lage. Die Arbeitslosigkeit hat sich verfestigt. Niemand sieht eine wirkliche Verbesserung der Lage bei Fortsetzung der derzeitigen Politik innerhalb der nächsten Jahre. Die Bundesregierung selbst betreibt nur Gewöhnungspropaganda. Ich meine, das muß zu einer Vertrauenslücke zur jungen Generation führen. Übrigens nimmt die Arbeitslosigkeit bei der jungen Generation am schnellsten zu. Man sollte sich über Erfolgsmeldungen bei der Jugendarbeitslosigkeit nicht täuschen lassen. Sie sind Ergebnis eines statistischen Tricks, nach dem in der Bundesrepublik die Jugendarbeitslosigkeit nur bis zum Alter von 20 Jahren gemessen wird.

In Wahrheit ist das folgende geschehen: Wir haben die letzten Ausbildungsreserven mobilisiert, übrigens oft in Ausbildungsfeldern, die keine Beschäftigungschance bieten.

Aber die Brücke zwischen Ausbildung und Arbeit ist nicht gebaut worden. Diese Lage läßt sich aus den Daten beweisen. Die Zahl der jungen Arbeitslosen unter 20 Jahren ist 1984 zurückgegangen (- 27.000), die Zahl der zwischen 20 und 25jährigen ist am stärksten gestiegen (+ 50.000).

Nicht nur die Krise am Arbeitsmarkt ist ungebrochen. Dasselbe gilt für die Krise der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Ängste, wie es mit den Renten tatsächlich weitergeht, sind nach einer Propagandapause zu Recht wieder aufgebrochen. Dasselbe gilt in zunehmendem Maße auch für das Krankenversicherungssystem.

Trotz aller optimistischen Behauptungen wird sich auch die Umweltkrise in den nächsten Jahren noch verschärfen. Trotz aller Anstrengungen sind weder die alten Lasten auf die Umwelt beseitigt, gerade die Informationen aus Hamburg über die Vergiftung der Böden sind dafür ein Beweis, noch sind neue Produktionskreisläufe erreicht, die künftige Belastungen verhindern werden.

Eine zweite Bedingung eines neuen Konsenses ist, daß man sich über die eigene Partei hinaus über die Ziele und Aufgaben mit anderen verständigt.

Dabei wird es sicher unterschiedliche Interessen, Schwerpunkte und Prioritäten je nach Gruppenzugehörigkeit geben. Aber ein Grundkonsens muß in den grundlegenden Zielen möglich sein. Er sollte mindestens die folgenden Elemente enthalten.
Wir brauchen eine ständige Modernisierung der Volkswirtschaft und deshalb auch mehr Investitionen als heute. Ein Weg aus der sozialen Marktwirtschaft zurück zu einer rein kapitalistischen Marktwirtschaft mit einer Vertiefung der Spaltung unserer Gesellschaft kommt nicht in Frage. Die soziale Sicherung ist integrierter Bestandteil unseres Wirtschaftssystems. Massenarbeitslosigkeit ist untragbar. Die Wettbewerbswirtschaft muß erhalten werden. Als neues, vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik tritt das Thema Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hinzu.

Macht man sich die Bedingungen für einen neuen sozialen Konsens bewußt, so wird auch klar, warum wir uns so weit von den Zeiten entfernt haben, in denen beispielsweise die Idee der konzertierten Aktion erfunden wurde. Die Gründe für die Gefährdung, wenn nicht sogar die Zerstörung des Konsenses, liegen nicht in den Interessenunterschieden.

Die gab es damals auch. Sozialer Konsens bedeutet nicht Leugnung von Interessenunterschieden oder die Abwesenheit von Konflikten, sondern er bedeutet, daß man die Kraft hat, soziale Kompromisse auf Zeit zu schließen, weil übergreifende Aufgaben und Hoffnungen entwickelt werden.

Diese Kompromisse werden dadurch entwickelt, daß man bei Übereinstimmung in grundlegenden Zielen die Legitimität unterschiedlicher Interessen nicht in Frage stellt, aber Interessenkonflikte zu überwinden sucht und nicht ausklammert. Hier aber sehe ich eine neue Lage.

Wer Demontage des Sozialstaats oder Mitbestimmung zur Lösung der Krise empfiehlt, braucht sich nicht zu wundern, wenn der soziale Konsens bricht und sich soziale Konflikte verschärfen. Wer die Tatsache der Massenarbeitslosigkeit relativiert oder die ökologische Krise beschönigt, sollte nicht überrascht sein, daß sich das Vertrauen gegenüber den Parteien oder den sozialen Gruppen auflöst.

Mancher erwartet von der Diskussion über ein erneuertes Wirtschaftskonzept der SPD eine Grundsatzdiskussion über die Wirtschaftsordnung. Dies halte ich für überflüssig.

Die SPD bejaht die Marktwirtschaft seit langer Zeit, nicht erst seit Godesberg. Sie war es, die in der Wettbewerbsgesetzgebung von den Konservativen und Liberalen zur Abschwächung einer konsequent marktwirtschaftlichen Position gezwungen wurde. Der Markt ist, wo er tatsächlich funktioniert, unersetzlich. Beim Versagen des Marktes sind wir weiterhin unbefangen genug, Alternativen jenseits des Marktes vorzuschlagen.

Ein zweites Prinzip unserer Konzeption von einer sozialen Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, darf ebensowenig bestritten werden: die Mitbestimmung. Es ist vielleicht bisher zu wenig deutlich geworden, daß unsere ordnungspolitische Konzeption nicht nur das Element Markt und das Element Staat enthält. Wir sind für den dritten Weg. Mitbestimmung und eine tariflich abgesicherte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen gehören zu diesem dritten Weg.

Zwischen Staat und Markt liegen vielfältige Methoden der Mitbestimmung von der betrieblichen über die Unternehmens- bis hin zur überbetrieblichen Mitbestimmung. Sie bedeuten, daß Arbeitnehmer als gleichwertige Wirtschaftsbürger anerkannt werden. Hier sind wir auf dem Weg, der die SPD von allen anderen unterscheidet. Es darf kein Zweiklassensystem im Wirtschaftsleben geben.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Wirtschaftsordnung ein heißes Eisen vergangener Diskussionen anfassen. Ich weiß allerdings nicht, ob sich heute überhaupt jemand daran verbrennt.
In den 70er Jahren wurde unter dem Begriff "Investitionslenkung" die Frage diskutiert, ob und wie der Staat in unternehmerische Investitionen eingreifen dürfe. Ich habe diese Diskussion immer als viel zu allgemein und auch als sehr heuchlerisch empfunden.

Was anderes als Investitionslenkung bedeutet der Jahrhundertvertrag, der Investitionen zur Sicherung der Kohlebasis ermöglicht?

Was macht der Neumerkantilist Späth anderes als Investitionslenkung über Technologieparks und andere Methoden der staatlichen Förderung?
Neuerdings will er sogar innovative schwäbische Tüftler an der Vorbereitung des "Kriegs der Sterne" beteiligen. Natürlich sind die steuerlichen und administrativen Vorgaben zum schadstoffarmen Auto Investitionslenkung, nichts anderes. Der Streit um das Wort selbst hilft nicht viel weiter.

Im Grunde geht es darum, daß sich jeder Eingriff dieser Art aus der Sache heraus rechtfertigen muß. Er rechtfertigt sich im politischen System aus einer öffentlichen, in der Regel kontrovers geführten Debatte über die geplante Maßnahme und eine letztliche Entscheidung im Parlament. Er rechtfertigt sich im sozialen und wirtschaftlichen Geschehen aus der Akzeptanz dieser Entscheidung bei Produzenten und Konsumenten.

Kriterien allgemeiner Art zur Rechtfertigung dieser Eingriffe sind weitgehend belanglos, weil sie viel zu allgemein und zu abstrakt bleiben. Wir wissen aus der Diskussion von Subventionskriterien - Erhaltungssubventionen gelten als verboten, Anpassungs- und Erneuerungssubventionen gelten als zeitlich befristet erlaubt - wie wenig derartige Kriterien zur konkreten Lösung der Frage über die Zulässigkeit einer Subvention beitragen.

Der konkrete Eingriff kann seine Rechtfertigung nur aus der Qualität seiner Begründung finden. Diese Qualität muß in der öffentlichen politischen Diskussion Bestand haben.

viel wichtiger als die abstrakte Diskussion über Kriterien ist die Frage, in welcher Weise man eingreift. Gegenüber früheren Diskussionen ist der Glaube an die Qualität administrativer Steuerung von Investitionsprozessen stark reduziert worden. Es wird sich in einem erneuerten Wirtschaftskonzept der SPD zeigen, daß die folgende Abgrenzung viel wichtiger ist als die Grundsatzfrage selbst.

In einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft sollte die Initiative zu und die konkrete Ausgestaltung der Investitionen strikt im Unternehmen verbleiben. Es sind aber oft genug feste staatliche Vorgaben notwendig, um eine humane, soziale oder umweltverträgliche Richtung der Investition zu sichern. Das Problem wird deutlich, wenn man für einen Augenblick das schadstoffarme Auto betrachtet. Die Rechtfertigung des Eingriffes ist unbestritten und durch eine ernsthafte demokratische Auseinandersetzung legitimiert. Die niedrigst-erreichbaren Emissionswerte müssen so schnell als möglich festgelegt werden. Zeitpläne müssen verläßlich vorgegeben werden. Wenig sinnvoll ist es jedoch, wenn die Politik die konkrete Technik vorgibt. Man sollte sich auf Normen, wenn nötig und möglich mit schrittweiser Verschärfung, konzentrieren, um den Unternehmen Platz für Innovations- und Investitionsprozesse zu lassen.

Die gewaltigen Aufgaben, die sich uns stellen, lassen sich nur mit und nicht gegen die Industrie lösen. Dabei wäre es unter vielen Aspekten nützlich, wenn wir im deutschen Sprachgebrauch nicht einen derart engen Begriff von Industrie im Sinne nur der gewerblichen Produktion, streng getrennt von Dienstleistungen und Kommunikation, hätten.

Man sollte nicht zu schnell auf den Zug springen, der in eine postindustrielle Wirtschaft reist. Unter mehreren Gesichtspunkten ist die These der postindustriellen Gesellschaft zwar verführerisch, aber trotzdem irreführend.

Zwar nimmt der Dienstleistungssektor gemessen am Sozialprodukt zu, aber gerade Vorleistungen des industriellen Sektors sind für postindustrielle Bereiche unerläßlich. Was wäre beispielsweise die "Kommunikationsgesellschaft" ohne Fortschritte in der industriellen Produktion, beispielsweise beim Halbleiter?

Zwar nimmt die Zahl der Arbeitsplätze im industriellen Sektor im Verhältnis zu den Dienstleistungsarbeitsplätzen ab. Aber die meisten Arbeitsplätze von heute sind ohne industrielle Basis nicht denkbar.

Die Verkümmerung bzw. Überalterung der industriellen Basis darf nicht die Folge einer Debatte über die postindustrielle Gesellschaft werden. Der Hinweis auf den postindustriellen Charakter künftiger Gesellschaften mag zwar zutreffend beschreiben, daß andere Bereiche als die Industrie schneller zuwachsen in der Beschäftigung wie auch im Anteil am Sozialprodukt. Die These von der postindustriellen Gesellschaft verkennt aber die Bedeutung, die eine ständig erneuerte Industrie gerade auch für den Ausbau der Dienstleistungen und des Kommunikationswesens hat. Insofern ist eine auf die Industrie orientierte moderne Forschungs- und Technologiepolitik auch eine Voraussetzung eines Durchdringens der Gesellschaft mit postindustriellen Arbeitsplätzen.

Die Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik ist, gemessen an den Problemen des Arbeitsmarktes und in der Umweltpolitik, viel zu gering. Wir müssen die industrielle Basis erneuern und sie an neue Herausforderungen, beispielsweise der Umweltsicherung, anpassen. Die Verstärkung der Investitionstätigkeit von derzeit unter 20 % am Sozialprodukt in Richtung auf ein Viertel des Sozialprodukts scheint mir das Schlüsselproblem der Wirtschaftspolitik im engeren Sinne zu sein.

1984 ist die Investitionsquote auf den historischen Tiefstand von 19,8 % ,gemessen am Bruttosozialprodukt gesunken, tiefer als jemals in den Jahren der Ölkrise, beispielsweise in den Krisenjahren 1975 und 1981. Dabei hätte das Jahr 1984, glaubt man klassischen wirtschaftspolitische Modellen, im Grunde ein Jahr der überschäumenden Investitionen sein müssen. Alle Bedingungen waren erfüllt. Der Staat hatte konsolidiert und seine Kapitalnachfrage reduziert, die Zinsen waren zu Anfang des Jahres beträchtlich gesunken, die Exporte explodierten, wir waren im zweiten Jahr der konjunkturellen Erholung, und bei den Gewinnen waren Zuwachsraten erreicht, wie seit langem nicht mehr.
Innerhalb von zwei Jahren waren die Gewinne im Durchschnitt um etwa 20 % gestiegen. Trotzdem betrug der Zuwachs von Anlageinvestitionen im Jahr 1984 nur ein ärmliches Prozent.

Spätestens hier muß sich die Wirtschaftspolitik mit der Frage ernsthaft auseinandersetzen, warum gibt es diese Investitionsschwäche?
Müssen die Löhne weiter sinken und die Gewinne auf Dauer überproportional steigen, wie es beispielsweise Herbert Giersch aus Kiel ständig propagiert? In seiner binnenwirtschaftlichen Auslegung scheint mir diese Konzeption fragwürdig. Masseneinkommen bestimmen zu einem beträchtlichen Teil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit.

Sie beeinflussen Gewinnerwartungen und damit natürlich die Investitionstätigkeit. Wer durch die Forderung nach ständiger Lohnzurückhaltung die Masseneinkommen verkümmern läßt, kann höchstens auf den Export rechnen, um zu mehr Nachfrage zu kommen und damit einen Investitionsanstieg zu erreichen. Diese Strategie aber halte ich weder für erwünscht noch für möglich. Nicht für erwünscht, weil Leistungsbilanzüberschüsse unserer Größenordnung ständiger Wohlstandsexport bedeuten. Nicht möglich, weil sich die anderen Länder irgendwann mit protektionistischen Maßnahmen wehren, so daß wir weniger Exporte und mehr Arbeitslosigkeit bekommen können.

Die Ursache der Investitionsschwäche liegt meines Erachtens auf anderem Gebiet. Im Grunde ist sie das Ergebnis leicht begreifbarer einzelwirtschaftlicher Überlegungen. Die Geldvermögenserträge sind meist höher als die Sachkapitalerträge. Deshalb legen zu viele Unternehmen, trotz konjunktureller Erholung, das Geld in Geldvermögen an. Die Investitionstätigkeit stagniert nahezu. Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen beherrschen das Feld, während Erweiterungsinvestitionen die Ausnahme bleiben.

Dies ist vermutlich keine vorübergehende Erscheinung. Die Defizite der USA und der Entwicklungsländer machen auf längere Frist Kapital knapp und teuer. Deshalb ist es eine Aufgabe der nationalen Wirtschaftpolitik, dafür zu sorgen, daß trotzdem ausreichend investiert wird. Dazu genügt es nicht, pauschale Steuersenkungen, wie beispielsweise Vermögenssteuersenkung oder gar die Absenkung des Spitzensteuersatzes, durchzusetzen. Notwendig ist, daß die Kapitalien zu Sachinvestitionen geführt werden. Von der steuerlichen Begünstigung von reinvestierten Gewinnen bis zur Begünstigung der Bereitstellung von Beteiligungskapital gibt es dazu manche Möglichkeiten. Aber dies allein reicht nicht. Es ist eine Steuerreform überfällig, die die Förderung der Investitionsfinanzierung mit einer höheren Besteuerung der leistungslosen großen Geldvermögenserträge verbindet.

Drei Schritte auf diesem Wege sind denkbar:

1. Die Sparerfreibeträge sollten mindestens verfünffacht werden. Die bisherige Besteuerung auch niedriger Kapitalerträge ab DM 300/600 ist lebensfremd und bestraft im Grunde nur den ehrlichen kleinen Sparer.

2. Die Zinserträge sollten dann realistisch an der Quelle besteuert werden. Ein diskutabler Vorschlag scheint mir die Geldvermögenszuwachssteuer des Saarbrückener Finanz- und Wirtschaftswissenschaftlers Wolfgang Stützel zu sein. Damit entstünde ein indirekter Anreiz zur Bereitstellung von Risikokapital bzw. zum Investieren.

3. Die Eigenfinanzierung und die Bereitstellung von Beteiligungskapital sollte steuerlich gefördert werden.

Diese konsequente Begünstigung der Investitionstätigkeit ist aus drei Gründen notwendig:

- Wir brauchen eine Beschleunigung der Modernisierung unserer Volkswirtschaft;

- wir brauchen eine Kurskorrektur, damit nicht immer mehr Mittel im reinen Geldvermögenskreislauf festgelegt werden;

- wir brauchen gewaltige Mittel für Investitionen, um unsere Volkswirtschaft in eine ökologische Richtung umzubauen.

Eine drastische Investitionsförderung ist nötig. Sie wirft natürlich auch Probleme auf. Der Staat fördert faktisch die Vermögenskonzentration. Deshalb wird ein Plan zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen noch dringender. Das Wirtschaftskonzept der SPD wird dazu Vorschläge machen.

Wer ökologische Fragen in einer künftigen Wirtschaftspolitik verdrängt, ihr keine herausragende Rolle einräumt, riskiert gleichzeitig die Ablehnung der Industriegesellschaft durch immer mehr Menschen. Ich hielte dies für einen verhängnisvollen Weg. Wir stehen vor der Alternative: Ökologischer Umbau unserer Industriegesellschaft oder immer stärkere Fluchtbewegungen aus ihr.

Es wäre ein historischer Irrtum mit kaum abschätzbaren Folgen, wenn sich Unternehmer und Gewerkschafter, Manager und Betriebsräte dieser Aufgabe des ökologischen Umbaus verweigern würden. Dagegen hat diese Gesellschaft die einmalige Chance, ihre Mittel, ihr Ingenieurwissen, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse, ihre organisatorischen Fähigkeiten gerade dafür einzusetzen, daß wir unsere Gesellschaft ökologisch sanieren.

Sicherlich stimmt der Satz, daß Ökologie, richtig betrachtet, Langzeitökonomie ist. Man sieht das am Wald. Die Verkennung ökologischer Gesichtspunkte führt langfristig zu erheblichen ökonomischen Schäden. Nur, was hilft ein solcher allgemeiner Satz, wenn er kurz- und mittelfristig nicht zu Taten führt, die Strukturen und Entscheidungen der Volkswirtschaft mit ökologischen Interessen vereinbar machen.

Wir müssen klar machen, daß Umweltsicherung eine ähnliche Herausforderung für die Wirtschaft darstellt, wie es der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg war. Die Herausforderung wurde damals angenommen und bewältigt. Ich glaube, daß der ökologische Umbau ähnlich angenommen und bewältigt werden muß.

Dies bedeutet, daß wir den Sprung von einer nachträglichen Reparatur und Eindämmung der Umweltschäden aus der Vergangenheit zu neuen Produktionskreisläufen erreichen müssen, bei denen Umweltschäden weitgehend von Anfang an vermieden werden. Das heißt konkret, daß wir beispielsweise schrittweise ein anderes Verkehrssystem als das heutige aufbauen, eine andere Chemie, neue Ansätze der Stadtökologie finden und natürlich auch andere Methoden der Landwirtschaft erreichen müssen.

Wir stehen vor einer großen Chance und Aufgabe unserer Volkswirtschaft.

Dieser Umbau findet im Rahmen und mit den Mitteln einer industriellen Gesellschaft statt. Aber deshalb werden umfassende Investitionen in vielen Sektoren der Volkswirtschaft notwendig, im privaten wie im öffentlichen Sektor. Deshalb ist die Förderung der Investitionen in unserer Volkswirtschaft auch eine Voraussetzung für eine umfassende Umweltpolitik.

Wir stehen technologie- und forschungspolitisch vor einer Wegkreuzung. Hängen wir uns den amerikanischen Militärforschungen an oder konzentrieren wir uns auf das Feld qualitativer Verbesserung des Lebens hier auf der Erde?.

Wir sollten ideologische Flunkereien bei diesem Thema nicht akzeptieren. Zur Zeit wird von konservativer und liberaler Seite von rein marktwirtschaftlichen Instrumenten der Ökologie gesprochen. Soweit damit gemeint ist, daß ökologische Probleme vorwiegend im dezentralen System, d. h. im Unternehmen gefunden werden, daß eben dort Innovationen entstehen, ist das richtig und vernünftig.
Sofern dabei aber so getan wird, als ob Umweltpolitik ohne Gebote und Verbote, ohne Auflagen und Anreize von staatlicher Seite gemacht würde, ist das schlichte Verfälschung der Tatsachen. Weder das Handeln von Umweltzertifikaten oder ähnliche Marktelemente machen

administrative Vorgaben für das, was zulässig sein soll, und das, was verboten wird, überflüssig. Alles das, was derzeit unter marktwirtschaftlichen Methoden der Umweltpolitik verkauft wird, verlangt genauso staatliche Kontrollen und Normen, man kann sogar vermuten: etwas mehr.

Da der Umweltschaden deshalb entsteht, weil der marktwirtschaftliche Prozeß die sozialen Kosten der Produktion (und des Konsums) nicht dem Verursacher anlastet, ist die Behauptung, es gäbe spezifische, nicht administrative, rein marktwirtschaftliche Methoden, Etikettenschwindel.

Die Alternative liegt auf anderem Felde. Läßt der Staat Spielraum für autonome Problemlösungen oder gibt er starre Regeln vor bis hin zu spezifisch technischen Lösungen. Technologische Spielräume und verläßliche Zeitpläne sind gefordert und nicht ein vordergründig ideologischer Etikettenstreit, hinter dem eigentlich nichts steckt.

Dabei ist es sinnvoll, in der Umweltpolitik auf den Erfindergeist und die Kreativität der Unternehmens zu setzen. Wir können viel mehr, als vordergründige Interessenpolitik vorgibt. Die Gesamtumweltkosten werden zudem, weil sie oft als Wettbewerbsargument gebraucht werden, meist außerordentlich überschätzt.

Zur Zeit sind es knapp weniger als 1 % der Gesamtkosten der gewerblichen Wirtschaft. Natürlich ist das in manchen Industrien weit mehr. Aber auch dort sind die Probleme lösbar, wenn die Gemeinschaft Anpassungshilfen gewährt.

Wir haben das Sondervermögen "Arbeit und Umwelt" entwickelt, um einen ersten Schritt in Richtung auf eine soziale und ökologische Marktwirtschaft zu machen. Dabei sollen Investitionen zur Beseitigung der alten Last auf die Umwelt und zur Einführung neuer Techniken in einer Übergangszeit durch verbilligte Kredite angereizt werden. Dieses Sondervermögen "Arbeit und Umwelt" lehnt sich auch an die Grundideen der Wiederaufbaufinanzierung an. Mit einer Ausnahme. Um die Zinsklemme öffentlicher Verschuldung zu vermeiden, werden Tilgungen und Zinsen aus einer allgemeinen Energieabgabe finanziert, die das Sondervermögen so ausstattet, daß jährlich DM 18 Mrd. verbilligte, kreditfinanzierte Investitionen möglich werden. Zusammen mit der Wirkung rechtlicher Vorgaben würden damit auf Dauer etwa 400.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Ähnliche ideologische Nebelschwaden wie in der Umweltdiskussion hängen über der Landschaft der Technologiepolitik. Während das Bundeswirtschaftsministerium im Grunde direkte staatliche Technologiepolitik als wider den Geist der Marktwirtschaft gerichtet ablehnt, wird auf der Länderebene - an der Spitze Späth - ohne Rücksicht auf irgendwelchen ordnungspolitischen Grundsatz des Wettbewerbs gefördert und subventioniert. Fast jede größere Stadt strebt einen Technologiepark an, und viele träumen von ihrem eigenen Silicon Valley.

Unsere sozialdemokratische Position ist leicht definiert. Wir glauben, daß die regelrechte technologische Aufrüstung, die mit verschiedenen Methoden in den USA und Japan betrieben wird, die Beteiligung der Risiken in neuen Feldern durch den Staat verlangt. Mikroelektronik, Biotechnologie, Lasertechnik mögen als Beispiele für ein derartiges Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft sein. Aber auch hier gilt, daß die entscheidenden Ansätze zur technologischen Innovation natürlich in den Unternehmen und nicht in der Staatsbürokratie oder im Parlament liegen.

Im Zusammenhang mit der Erhaltung des sozialen Konsens erscheint die Wiederbelebung des technologiepolitischen Dialogs, in dem die gesellschaftlichen

Kräfte an der Willensbildung über die staatliche Technologiepolitik beteiligt werden, für wünschenswert. Man sollte sich nicht täuschen. Die Angst vor moderner Technik nimmt zu. Oft wird es - entgegen aller verfügbaren Daten - in Teilen der Arbeitnehmerschaft so empfunden, als ob moderne Technik, als ob die Beschleunigung der Rationalisierung die Ursache der Massenarbeitslosigkeit sei. Diese Empfindungen sind so von der Sachlage nicht gerechtfertigt. Der Produktivitätsanstieg des Jahres 1984 ist mit 3,2 % weit geringer als derjenige des Jahres 1965 mit 6,3 %. Das Problem ist aber, daß die durchschnittliche Wachstumsrate gegenüber der damaligen Zeit noch stärker zurückgefallen ist. So daß die Zuwachsrate der Produktivität über der Zuwachsrate des Sozialprodukts liegt.

Damit wird natürlich die Gefahr einer Selbstblockade der Volkswirtschaft durch Widerstand gegen Modernisierung und Rationalisierung so lange stärker werden, als die Arbeitsmarktprobleme nicht gelöst werden. Gerade deshalb scheinen mir stärkere Mitwirkungsrechte bei der Einführung moderner Technik ein weiteres Mittel zu sein, um Ängste abzubauen. Es wäre weder im Interesse der Arbeitgeber noch im Interesse der Gewerkschaften, wenn bewußt der Einsatz moderner Technolgien blockiert würde. Die deutschen Gewerkschaften haben stets den technologischen Wandel mitgetragen.

Deshalb ist es um so wichtiger, daß die Arbeitnehmer mit wirksamen Mitbestimmungsrechten, etwa durch die Novellierung des Betriebsverfassungsrechts, ausgestattet werden. Sie müssen an der Gestaltung und Einführung der modernen Technik mitwirken können.

Die Zuspitzung des Konfliktes über die Wochenarbeitszeit im letzten Jahr war für das Thema Produktivitätsfortschritt und Einführung moderner Technik nachteilig. Denn natürlich ist Arbeitszeitverkürzung sinnvoll, wenn die Produktivitätsrate höher ist als die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft. Könnte man nicht in der Zukunft auf einen neuen sozialen Konsens zusteuern? Die Gewerkschaften müßten den technischen Wandel weiterhin im Grundsatz akzeptieren. Die Arbeitgeber würden eine andere, positivere Einstellung zu Arbeitszeitverkürzung einnehmen.

Seit Mitte der 60er Jahre wächst, das läßt sich aus der Sozialproduktstatistik leicht ablesen, die Produktivität schneller als das Sozialprodukt. Da wir - und dies ist in einer reifen Volkswirtschaft normal - durchschnittliche Wachstumsraten von höchstens 2 bis 3 % erwarten können und höchstwahrscheinlich auch nur derartige Wachstumsraten auf Dauer wünschbar sind, aber die Leistung pro Arbeitszeiteinheit schneller wächst, wäre eine neue grundlegende Vereinbarung sinnvoll.

Überschießender Produktivitätsfortschritt sollte - beispielsweise alle zwei Jahre - in Form von Arbeitszeitverkürzung vorweg weitergegeben werden. Der restliche Produktivitätsfortschritt wäre dann die eigentliche Basis der normalen Tarifauseinandersetzungen. Es ist sicher, daß ein derartiger "neuer Konsens" in der Arbeitszeit- und Tariffrage viel fruchtbarer ist als die Fortsetzung des Glaubenskrieges des vergangenen Jahres.

Natürlich kann man die Arbeitslosigkeit nicht allein mit Arbeitsverkürzung bekämpfen. Aber Arbeitszeitverkürzung ist zusammen mit Investitionsförderung, mit Umweltinvestitionen ein Element unter anderen. Ein anderes Element muß hinzukommen. Ich bin seit langem der Auffassung, daß die Methode der Finanzierung des Sozialstaates in der Bundesrepublik allein über Lohnzuschläge auf Dauer arbeitsmarktfeindlich wirken muß.

In den letzten Wochen fand eine Diskussion über die sogenannte "Maschinensteuer" statt. Dieser Begriff macht die Sache unklar. Zudem ist völlig offen, was eigentlich die Bemessungsgrundlage einer "Maschinensteuer" wäre. Sollte es etwa eine Investitionssteuer sein, dann wäre das Gegenteil dessen gemacht, was wir eigentlich brauchen. Richtig ist aber, daß es kein Naturgesetz gibt, die Renten-, die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung ausschließlich über Lohnzuschläge bzw. Lohnabzüge zu finanzieren.

Die Einwände der FDP gehen an der Bedeutung der Sache vorbei. Weshalb sollte es in einer Situation, in der der Produktivitätsfortschritt dauerhaft größer als die Wachstumsrate ist, nicht sinnvoll sein, die Bemessungsgrundlage der Beiträge für die soziale Sicherung auf die gesamte Wertschöpfung auszudehnen?

Wer diesen Vorschlag ablehnt, sollte eine Alternative bieten. Die Entwicklung zeigt doch schon heute, daß für immer weniger Versicherte immer höhere Beiträge gezahlt werden. Sie zeigt sogar, daß höhere Beiträge für schlechtere Renten bezahlt werden müssen. Ich glaube nicht, daß das Rentenversicherungssystem sich auf der Basis derartiger Fehlentwicklungen halten läßt. Aber ein anderes ist noch wichtiger. Die Gesamtarbeitskosten steigen ständig, und zwar jenseits der tarifpolitischen Einigung. Zudem, wo liegt eigentlich die Logik eines Systems, das arbeitsintensive Produktion ständig relativ zu automatisierten Produktionen verteuert? Dies geschieht in einer Situation, in der Arbeitsplätze gesucht werden.

Eine konkrete Lösung könnte etwa so aussehen: Statt allein Arbeitgeberbeiträge aus Lohnzuschlägen und der Arbeitnehmerbeiträge aus Lohnabzügen einzuziehen, könnte eine dritte Säule der Finanzierung des sozialen Sicherungssystems geschaffen werden. Sie würde aus der Wertschöpfung finanziert.

Am einfachsten wäre wohl, daß die Mehrwertsteuer als geeignete Grundlage herangezogen wird. Wenn man das so ausgestaltet, daß alle drei Säulen: Arbeitgeberbeiträge, Arbeitnehmerbeiträge und der Wertschöpfungsbeitrag gleichermaßen zum Rentenversicherungssystem beiträgt, könnten sowohl die Arbeitgeberbeiträge wie auch die Beiträge der Arbeitnehmer gesenkt werden.

Die erweiterte Finanzierung des sozialen Netzes hätte positive Effekte für den Arbeitsmarkt. Dienstleistungen, die mit immer der gleichen Arbeitsleistung bei steigenden Löhnen und Sozialleistungen verbunden sind, dabei aber keiner Produktivitätssteigerung unterliegen, würden nicht ständig teuerer, sondern könnten mindestens vorübergehend verbilligt werden.

Genau hier liegt ein zentrales Problem für den Arbeitsmarkt. Die Leistungen der Bereiche der Wirtschaft, in denen keine Produktivitätsfortschritte stattfinden, werden "künstlich" überteuert. Sie wandern zum Teil in Bereiche der Eigenarbeit oder gar der Schwarzarbeit ab. Eine andere, weniger die Gesamtarbeitskosten belastende Finanzierung unseres sozialen Sicherungssystems würde sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Unser Ziel ist es, das System das sozialen Sicherung vernünftiger zu finanzieren. Unser Ziel ist es aber auch, das System selbst zu erhalten. Dabei ist sicher richtig, daß, von kleineren Korrekturen abgesehen, derzeit eine Ausweitung der Leistungsansprüche im sozialen Sektor nicht auf der Tagesordnung steht. Allerdings gibt es auch ganz andere Auffassungen. Beispielsweise diejenige, daß die Beschneidung des Sozialstaats die wichtigste Voraussetzung der Erlangung der Vollbeschäftigung sei. Wir halten dies aus wirtschaftspolitischen, aber auch aus gesellschaftspolitischen Gründen für falsch. Wer so handelt, riskiert eine neue Armut. Beispiele gibt es dafür auch bei uns nach den Sparmaßnahmen.

Dies ändert aber nichts daran, daß wir nicht eine Vielzahl von Strukturänderungen des sozialen Sicherungssystems ernsthaft prüfen müssen. Dazu gehört beispielsweise die Frage, ob man nicht Teile der sozialen Leistungen, wie BAFÖG, wie Kindergeld, wie Wohngeld, wie die Sozialhilfe, in das Steuersystem integrieren muß. Eine negative Einkommenssteuer könnte die Konsequenz sein.
Das heißt: Ein Mindesteinkommen würde vom Finanzamt und nicht von der Sozialhilfe garantiert. Welchen politischen Sinn macht es, daß eine Vielzahl von Haushalten mit mittlerem Einkommen nahezu die gleichen

Summen über die Lohnsteuer abgeben, die sie anschließend über Sozialtransfer wieder erhalten. Die Grundüberlegung, mittel- bis langfristig ein Mindesteinkommen über die negative Einkommenssteuer anzustreben, hat zwei gewichtige Gründe. Einerseits ist die Sozialhilfe, also die Sicherung eines Existenzminimus, bei fehlendem Erwerbseinkommen auf der kommunalen Ebene falsch angesiedelt. Wir haben gewaltige Strukturunterschiede mit der Folge, daß arme Gemeinden auch noch sehr viel für die Sozialhilfe zu zahlen haben, während reichere Gemeinden in strukturell besseren Gebieten einen zusätzlichen Vorsprung bekommen. Andererseits wird für viele minderqualifizierte Arbeitslose ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt die Garantie eines Mindesteinkommens außerhalb der Versicherungssysteme notwendig. Sonst würde man explosive Beitragserhöhungen für die Beschäftigten und die Arbeitgeber im sozialen Sicherungssystem bekommen.

Die bisherigen Betrachtungen haben gezeigt, daß Massenarbeitslosigkeit nur durch eine Kombination von politischen Maßnahmen beseitigt werden kann. Diese Maßnahmen liegen sowohl auf der Angebotsseite der Wirtschaft wie auch auf der Nachfrageseite. Auch die weitere Arbeitszeitverkürzung in sinnvollen Schritten ist unvermeidbar. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat im August 1984 in einer Modellrechnung

Archiv der Sozialdemokratie

gezeigt, daß ein derartiges Maßnahmebündel, das natürlich auch Solidarbeiträge aus dem Arbeitnehmerlager verlangt, bis Ende der achtziger Jahre einen Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit von über 1 Mio. Menschen möglich machen würde.

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit wird um so wirksamer sein, als es international koordinierte Strategien gibt. Zur Zeit ist das Gegenteil der Fall. Weder zwischen USA und Europa, noch innerhalb Westeuropas gibt es eine Koordination für die Schaffung von mehr und neuen Arbeitsplätzen.

Manchmal wird eingewandt, daß die expansive Politik der USA ein Beschäftigungsprogramm für Europa darstelle. Dieser Einwand ist, wägt man alle Wirkungen ab, falsch. Die USA bescheren durch die Art und Weise der Finanzierung ihrer Expansion Europa Realzinsen auf Rekordniveau von etwa 5 1/2 %.
Dies geschieht in einer Phase der Massenarbeitslosigkeit und in einer Zeit, in der die erhoffte, aber keineswegs sichere, reale Wachstumsrate in Westeuropa bei 2 1/2 % liegt, also 3 % unter der realen Zinsrate. Sicherlich führt unter diesen Bedingungen der Saldo aus positiven Nachfrageeffekten der US-Wirtschaftspolitik und der negativen Wirkung aus unterbleibenden Investitionen und anderen Nachfrageausfällen wegen der hohen Zinsen unter dem Strich zu einem Minus in der Beschäftigungsbilanz Europas.

Weil wir Gefangene der US-Wirtschaftspolitik sind, ist eine europäische Antwort auf die Beschäftigungskrise wichtig. Der Fall Frankreichs der Jahre 1981/82 hat gezeigt, daß auf Grund der Verflechtungen innerhalb der EG eine autonome Beschäftigungspolitik nur in engen Grenzen möglich ist. Eine Expansion bei restriktiver Wirtschaftspolitik der wichtigsten Partner endet schnell in einem kaum beherrschbaren Leistungsbilanzdefizit und in einer Schieflage der Währung des expandierenden Landes. Allerdings ist der Spielraum der Bundesrepublik Deutschland auf Grund der starken außenwirtschaftlichen und währungspolitischen Stellung etwas größer als derjenige Frankreichs. Es bleibt jedoch ein starker Koordinierungsbedarf.

Das erste und dringendste Feld einer europäischen Wirtschaftspolitik wäre die Koordination der Währungs- und Geldpolitik. Man kann in Europa so viel Manifeste beschließen wie man will. Herr Genscher ist auf diesem Felde seit langem Europameister aller Klassen. Europa kommt jedoch nur weiter, wenn es auf dem Gebiet von Geld und Kredit ein Mindestmaß an Koordination und Abwehr gegen den Kapitalstaubsauger USA gibt. Vorschläge gibt es zu diesem Thema.

Die Konzeption von Helmut Schmidt liegt auf dem Tisch. Gegen sie kann sich mit Vernunft nur derjenige Europäer wenden, der ohnehin schon viel zu viel amerikanische Kapitalmarktengagements eingegangen ist. Eine Politik jenseits der Rhetorik für die Option Europa gibt es nur bei einer Integration der europäischen Geld- und Währungspolitik.

Wir bleiben also bei der Option Europa in der Wirtschaftspolitik. Wir glauben, sie ist wichtiger als jemals zuvor.

Dies erfordert entscheidende Schritte, vor allem auf den folgenden vier Feldern:

- Ausbau des Binnenmarktes durch entschlossenes Beseitigen der Handelsbarrieren, auch wenn es im eigenen Lande vorübergehend weh tut,

- Weiterentwicklung des europäischen Währungssystems, auf längere Sicht zu einem integrierten europäischen Währungssystem, letztlich mit eigener, von den Regierungen und von der Kommission und den Parlamenten unabhängiger, europäischer Währungsbehörde,

- Entwicklung einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik, die das Wettrüsten der USA und von Japan durch Bündelung und Koordination der europäischen Kräfte aufnimmt,

- Schaffung eines Solidaritätsprogramms Südeuropa zur Überwindung der derzeitigen Probleme der Erweiterung der Gemeinschaft.

Europäische Beschäftigungspolitik bedeutet vor allem eine stärkere Koordination der Finanz- und Geldpolitik. Ein europäischer Beschäftigungspakt muß die Koordination auf diesem Gebiete natürlich unter Einbeziehung der Sozialpartner vorbereiten.

Europa ist nach unserer Meinung nicht am Ende, sondern es steht nach einer langen Krise vor einem neuen Anfang. Die Zeit der rhetorischen Memoranden und Manifeste und des faktischen Rückschrittes ist hoffentlich endgültig vorbei.
Man soll und muß einer gestärkten europäischen Kommission unter Jacques Delors die Chance zu einem Neuanfang geben.

Die Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts der SPD für das nächste Jahrzehnt ist keine Aufgabe, die sich im inneren Gespräch der Partei lösen wird.
Wenn das Konzept in diesem September in einem ersten Entwurf durch Parteigremien veröffentlicht wird, dann ist das gleichzeitig ein Angebot zu einem großen Gespräch über neue Ansätze in der Wirtschaftspolitik.
Ein erster Beginn dieses Gesprächs sollte der heutige Dialog sein. Natürlich alles offen für Kritik.